

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Sonnabend, 16. Dezember 1989

Nr. 241 (6 119)

Preis 3 Kopeken

Effektivität, Konsolidierung, Reform— der Weg zu einer gesunden Ökonomie

Bericht N. I. RYSHKOWS

auf dem zweiten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR

Genossen Volksdeputierte! Die dem Kongreß zur Erörterung unterbreitete Frage über Maßnahmen zur Sanierung der Ökonomie, über die Klappen der Wirtschaftsreform und die prinzipiellen Herangehensweisen in die Ausarbeitung des dreizehnten Fünfjahresplans ist eine der Hauptfragen, und sie wird durch die äußerst komplizierte ökonomische Situation im Lande diktiert. Die Gesellschaft muß eine reelle Vorstellung davon haben, in welchem Zustand sich die Volkswirtschaft befindet und welche Probleme auf welche Weise zu lösen sind.

Gegenwärtig ist wie nie zuvor eine sorgfältige und fehlerlose Wahl des weiteren Entwicklungswegs und die Ausarbeitung eines Programms von Maßnahmen erforderlich, die sowohl die Aktionsstrategie unter den Bedingungen des laufenden Moments als auch die Strategie für die Perspektive widerspiegeln würden.

Der Bericht der Regierung liegt Ihnen vor. Dies gestattet es auf die Darlegung dessen Inhalts zu verzichten und sich nur auf prinzipielle Leitsätze zu konzentrieren.

I.

Die Logik der Arbeit zur Gestaltung des Programms zur Sanierung der Volkswirtschaft erfordert eine tiefgehendere Analyse der Probleme und der daraus resultierenden realen Wertungen und Möglichkeiten der Lösung der Aufgaben des Auftritts der Ökonomie aus ihrer jetzigen komplizierten Lage.

Diese Frage reflektiert sich in konzentrierter Form in dem Knäuel der akuten Widersprüche, die wir zu lösen haben. Das sind der desorganisierte Geldumlauf und das unausgeglichene Finanzwesen. Das sind die chronisch leidgeplagte Investitionstätigkeit und die Monopolisierung der Produktion, die zu langsame Umorientierung der Ökonomie auf die Befriedigung der Belange des Volkes und die schwache Basis des sozialen Bereichs. Das sind der Mangel an Lebensmitteln und anderen Waren, die äußerst ungünstige ökologische Situation in einer Reihe von Regionen, die Verlangsamung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die deformierte Außenwirtschaftspolitik. In der Entwicklung vieler Branchen hat die Instabilität zugenommen. Es sinkt das Tempo des ökonomischen Wachstums und in einer Reihe von Fällen auch das Produktionsvolumen, was die Möglichkeiten zur Lösung sozialer Probleme herabsetzt.

Zugleich wäre nur eine solche Einschätzung der sich in der Volkswirtschaft vollziehenden Prozesse einseitig und subjektiv. Man darf nicht auch eine Reihe positiver Wandlungen übersehen, die die Interessen und den Wohlstand der Sowjetmenschen berühren. Die Ökonomie wendet sich immer mehr dem sozialen Lebensbereich der Gesellschaft zu, was sich leicht am Beispiel des sich ändernden Verhältnisses zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumtionswaren verfolgen läßt. Vorrangig wurde die Lenkung der Investitionen in den sozialen Bereich und auf eine raschere Entwicklung seiner materiell-technischen Basis. Es erweitert sich, wenn auch nicht so rasch, die Anwendung neuer Formen des Wirtschaftens.

Bekanntlich hat sich das Volumen des Wohnungsbaus in den drei vorhergegangenen Planjahrfünften praktisch nicht vergrößert. In diesem wird es um 110 Millionen Quadratmeter oder um fast 2 Millionen Wohnungen zunehmen. Es vollziehen sich merkliche Wandlungen bei der Verstärkung der materiellen Basis des Gesundheits-, des Bildungswesens und der Kultur. Im Oktober dieses Jahres wurde ein wichtiger Schritt zur Hebung der Mindesthöhen der Renten und zur Beseitigung der Unterschiede bei der Rentenversorgung der Werktätigen in Stadt und Land unternommen.

Eine andere Sache ist es, daß diese positiven Wandlungen hinter den zunehmenden Forderungen der Gesellschaft zurückbleiben. Hauptsache aber, sie werden durch die negativen Erscheinungen in der Ökonomie „verwischt“. Daher rühren die zunehmende soziale Spannung, die Unzufriedenheit der meisten Mitglieder unserer Gesellschaft mit dem Verlauf der Umgestaltung, die Forderungen, die sozialen und ökonomischen Umwandlungen zu beschleunigen.

Wornü liegt nun die Ursache der entstandenen Situation? Es

wäre falsch, dabei nach einer einzigen zu suchen. Die gegenwärtige ökonomische Lage des Landes ist durch einen Komplex miteinander verknüpfter Ursachen bedingt. Ich würde da vier Hauptgruppen aussondern.

Die erste, verschleppte negative Faktoren von Tiefencharakter. Das ist die äußerst deformierte Struktur der gesellschaftlichen Produktion, die vor allem auf die Entwicklung der Schwerindustrie und nicht auf den Konsum orientiert ist. Es ist das rückständige technische Niveau des Produktionspotentials in zahlreichen Branchen sowie die nichtig gewordene Immunität der Volkswirtschaft gegenüber dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Infolgedessen haben wir eine niedrige Produktionseffektivität, vor allem in den lebenswichtigen Wirtschaftsbereichen.

Man darf nicht behaupten, daß diese Ursachen früher unbekannt gewesen wären. Es ist jedoch durchaus offensichtlich, und das muß offen zugegeben werden, daß wir in der ersten Umgestaltungsetappe deren Kompliziertheit und Ausmaß unterschätzten und daher eine allzu optimistische Schlussfolgerung zogen über die Möglichkeit ihrer raschen Überwindung, dabei vor dem Hintergrund großzügiger Umwandlungen. Heute ist es klar, daß die Verwirklichung vieler davon längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Die zweite Gruppe der Ursachen. Das sind die Mängel bei der Realisierung der Wirtschaftsreform. Als die wichtigsten davon möchte ich den unzureichend eingearbeiteten neuen Wirtschaftsmechanismus und das Fehlen der nötigen ökonomischen Regulatoren darin bezeichnen. Die Gewähr ökonomischer Selbstständigkeit unter diesen Bedingungen wurde nicht von entsprechenden Maßnahmen zur Hebung der Verantwortung und Disziplin begleitet. Infolgedessen verschärfte sich der Gruppenegoismus, das Produktionsvolumen zahlreicher von der Volkswirtschaft benötigter Erzeugnisse geht zurück, es steigen die Preise, und infolgedessen vergrößert sich die materielle und finanzielle Unausgeglichenheit.

Es waren nicht rechtzeitig die rechtlichen, ökonomischen und finanziellen Werkzeuge geschaffen worden, die unabdingbare Elemente der staatlichen Regelung beim Übergang zum neuen System der Wirtschaftsführung hätten werden müssen. Das führte zu beachtlichen Haushaltsdefiziten und gesetzwidrigen Erscheinungen im Bereich der Finanzen, förderte in mancher Hinsicht den Nährboden der „Schattenökonomie“.

Einen Teil der Mängel hätte man voraussehen können, es wirkte sich jedoch die Tatsache aus, daß die wissenschaftliche Untermauerung der Reform erst im Laufe ihrer Durchführung erfolgte. Es darf auch nicht übersehen werden, daß der Übergang aus einem Zustand der Ökonomie in einen anderen, um so mehr in einem derart revolutionären, immer mit beachtlichen Schwierigkeiten verbunden ist.

Die dritte Gruppe. Es sind die zugelassenen Fehler und Fehlkalkulationen bei der Vorbereitung einer Reihe erster unionsweiter Maßnahmen ohne die gehörige Abschätzung der Folgen sowie die Elle bei ihrer praktischen Verwirklichung. Dazu gehört vor allem die Antialkoholikampagne. Selbstverständlich muß gegen solch ein soziales Übel wie die Trunksucht schonungslos angekämpft werden.

Man muß aber abgewogen handeln und das Schwergewicht auf die Beseitigung der eigentlichen Ursachen dieser Erscheinung legen. Dann wäre es nicht dazu gekommen, was diese Kampagne heute zur Folge hat. Sie hat im Grunde genommen eine vererbte Richtung angenommen und uns nicht nur großen materiellen, sondern auch moralischen Schaden zugefügt. Zu schwerwiegenden Fehlern muß auch die Inkonsistenz im Kampf gegen nicht-erarbeitete Einkünfte hinzugegerechnet werden. Dazu kommt noch die Annahme vieler regionaler und Zweigprogramme bei Fehlen der nötigen Ressourcen, was eine noch größere Entbalanzierung der Volkswirtschaft verursachte.

Und nun dies: Vor dem Hintergrund der sich in der Gesellschaft stürmisch entwickelten Prozesse traten unerwünschte Erscheinungen ein, die die Wirtschaftsentwicklung ernstlich behindern. Das sind die Senkung der Produktions- und Arbeitsdisziplin sowie der Verantwortung,

für die Einlösung der Verpflichtungen vor den Konsumenten und vor dem Staat. Einen großen, schwer übersehbaren Schaden bringen die Zusammenstöße auf zwischennationaler Grundlage, die Streiks in Betrieben, die „Blockaden“ und längere Unterbrechungen im Eisenbahnverkehr. Allein durch die Streiks machten die Verluste in den elf Monaten dieses Jahres 7,5 Millionen Arbeitertage aus; in der Volkswirtschaft wurden Erzeugnisse im Werte von über 2 Milliarden Rubel zu wenig produziert.

Sogar dieses kurze Verzeichnis der vor dem Land stehenden Probleme zeugt von der äußerst großen Bedeutung der Beschlüsse, die der Kongreß der Volksdeputierten anzunehmen hat.

Der Ausweg aus der entstandenen Lage kann nur um den Preis der angespannten, gut eingespielten Arbeit aller Wirtschaftsbereiche, aller Werktätigen auf der Basis eines äußerst exakten, gut koordinierten Aktionsprogramms gefunden werden.

II.

Genossen! Bevor ich auf das Wesen des Regierungsberichtes eingee, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die prinzipiellen Herangehensweisen der darin enthaltenen Thesen lenken.

Das Programm ist das Ergebnis der Wahl von Lösungen auf der Grundlage alternativer und variantenreicher Gegenüberstellungen und Berechnungen. Das betrifft praktisch alle seine wichtigsten Bereiche — die Wirtschaftsreform, die Herangehensweisen an die Gestaltung des 13. Fünfjahresplans und an die Ausarbeitung von Maßnahmen, die die Ökonomie sanieren sollen.

Erstens. Auf das Variantenherangehen an die Wahl der Entwicklungsweg der Wirtschaftsreform eingehend, möchte ich vor allem folgendes hervorheben. Völlig unzulässig sind nach Ansicht der Regierung die Vorschläge, die ökonomischen Umwandlungen einzudämmen und, um so mehr, auf die Reform zu verzichten und zum alten Admistrativsystem zurückzukehren. Dieser Weg ist völlig perspektivlos. Im beliebigen Fall wird es uns in eine Sackgasse führen. Für die Wirtschaftsreform gibt es keine Alternative.

Nun zu den Varianten der eventuellen Entwicklung der Reform. Bekanntlich wurden drei davon behandelt. Es galt, zu entscheiden, welchen Weg wir beschreiten sollen: entweder den Weg unbedeutender, in die Länge gezogener teilweiser Verbesserungen des Wirtschaftsmechanismus, oder sich sofort, ohne langames Bedenken, in den Abgrund der Marktspontaneität, ohne die Schaffung der entsprechenden Voraussetzungen und wirksamen Regulatoren zu stürzen. Beides wurde zurückgewiesen.

Verlockend erscheint selbstverständlich die höchstmögliche Beschleunigung des Prozesses der ökonomischen Umwandlungen, um dadurch eine rasche Wirkung zu erzielen. Die Komplexität der gegenwärtigen Situation gestattet uns aber nicht, diesen Weg einzuschlagen. Versucht man aber den objektiven Gegebenheiten zum Trotz beispielsweise schon im Jahre 1990 oder 1991 allerorts Marktbeziehungen in vollem Umfang einzuführen, so kann das schwerwiegende ökonomische und soziale Erschütterungen verursachen. Eine unvermeidliche Folge einer solchen Lösung wäre eine Runde galoppierender Inflation, Senkung der Rolle aller ökonomischen Stimuli, Produktionsrückgang, massenhafte Arbeitslosigkeit und Zuspitzung der sozialen Spannung. Kurzum, dieser Weg führt zur Erneuerung über eine Krise. Dabei läßt sich die Tiefe der eventuellen Krise sogar schwer vorstellen. Das wäre ein unvernünftiger Schritt.

Die Regierung wählte eine Variante, die energischen Maßnahmen zur Vertiefung der Reform mit der Realität und Abgewogenheit des Handels auf allen Leitungsebenen vereint. Sie ist mit Maßnahmen zur Gesundung der Ökonomie und mit der objektiven Bereitschaft der Gesellschaft koordiniert, radikale Veränderungen zu akzeptieren.

Die zweite Gruppe der Alternativen betrifft die Herangehensweisen zur Gestaltung des dreizehnten Fünfjahresplans. Ich muß sagen, daß diese Arbeit nicht an einem leeren Platz begonnen hat. Im vorigen Jahr war vom Staatlichen Plankomitee der UdSSR unter Teilnahme des Staatlichen Komitees für Wis-

enschaft und Technik bzw. der Akademie der Wissenschaften ein Konzeptionsentwurf der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes für die Perspektive vorgelegt worden.

Im weiteren bediente man sich ebenfalls der Variantenmethode. Wir gingen davon aus, daß gleiche Endziele für die Perspektive erreicht werden könnten bei unterschiedlichem Verhältnis zwischen der Verteilung des Nationaleinkommens unter dem Konsumtions- und dem Akkumulationsbereich sowie zwischen den unterschiedlichen Ausmaßen der zeltbedingten Lösung der sozialen Aufgaben.

Die Beurteilung der Alternativen der sozialökonomischen Entwicklung des Landes in der dreizehnten Fünfjahresplanperiode ist im vorliegenden Bericht ziemlich ausführlich dargestellt. Nachdem die Regierung die Gesamtheit der sich scharf zuspitzenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme und Faktoren real und allseitig abgeschätzt hatte, zog sie die Variante vor, die eine raschere soziale Umorientierung der Ökonomie vorsieht, was auch den Beschlüssen des ersten Kongresses der Volksdeputierten entspricht.

Was ist ihr wichtiges Merkmal?

Sie beruht auf der Notwendigkeit der vordringlichen Realisierung eines Komplexes wichtiger Maßnahmen des Struktur- und Investitionscharakters, gezielt auf eine kardinale Verbesserung der Sachlage im sozialen Bereich, auf die Befriedigung der dringlichen Bedürfnisse der Menschen und auf eine raschere Lösung vorrangiger Probleme auf diesem Gebiet. Gemäß einer solchen Zielsetzung ist die Konzentration der volkswirtschaftlichen Ressourcen auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Industriegütern, Dienstleistungen, Wohnungen, auf die Entwicklung des Gesundheitswesens, die Verbesserung der Lebensbedingungen und auf den Umweltschutz vorgesehen.

Dazu wird geplant, in den ersten Jahren des 13. Planjahrfünftens den Anteil der Ressourcen des Nationaleinkommens zur laufenden Konsumtion und zum Bau von Objekten für nichtproduktive Zwecke auf 89 bis 90 Prozent zu heben. Natürlich würde die dauernde Aufrechterhaltung dieses Anteils auf so hohem Niveau eine rapide Einschränkung von Quellen für die produktive Akkumulation bedeuten, was letztes Endes unvermeidlich zur entsprechenden Verringerung der Möglichkeiten für eine weitere Hebung des Volkswohstandes führen wird. Deshalb wird geplant, in der nachfolgenden Periode des 13. Planjahrfünftens den genannten Anteil auf 87 bis 88 Prozent zu verringern.

Drittens. Alternativ und variabel waren die Wahl von Maßnahmen zur Sanierung der Ökonomie und die Bestimmung der Etappen ihrer Verwirklichung in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Wirtschaftsreform und den volkswirtschaftlichen Proportionen.

Vor allem über den Charakter der Sanierungsmaßnahmen. Auf ihrer Suche gingen wir darauf ein, im Laufe der Vorbereitung des Programms in einen unmittelbaren Dialog mit denjenigen zu treten, wer an dieser Arbeit von kolossaler Bedeutung teilzunehmen wünschte, darunter mit den Vertretern der informellen Bewegungen, den radikal gestimmten Gruppen von Fachleuten, Wissenschaftlern und Praktikern. Ihre Vorschläge unterschieden sich durch Mannigfaltigkeit. Ein bedeutender Teil davon wurde im Laufe der Arbeit am Programm berücksichtigt. Es gab aber unter ihnen auch ziemlich strittige, mit denen die Regierung sich nicht einverstanden erklären konnte. Um eine Vorstellung von diesen Vorschlägen zu haben, seien da einige davon genannt:

Einführung des Privatigentums, darunter auch auf den Boden;

Denationalisierung des staatlichen Eigentums in breiten Dimensionen, einschließlich des Verkaufs von kleineren und mittleren Betrieben;

Sofortige Einführung des Karren-Rationierungssystems;

Durchführung einer regressiven Geldreform;

Einstellung der Bereitstellung von Bankkrediten für die Jahre 1990 und 1991 und die Einschränkung, daß die Bürger vom Sparbuch nicht mehr als je 25 bis 50 Rubel monatlich abheben dürfen;

(Fortsetzung S. 2)

Zeit der Lösungen— Zeit der Handlungen

Auf dem zweiten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR

Diskussion über Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft

Nahezu jeder dritte der insgesamt 726 Volksdeputierten der UdSSR, die am 14. Dezember in einer Sektion Probleme der Gesundung der sowjetischen Wirtschaft behandeln, hat sich als Diskussions Teilnehmer angemeldet. Die hohe Aktivität in dieser Sektion, an deren Arbeit auch der sowjetische Regierungschef Nikolai Ryschkow teilnimmt, ist sicherlich auf die Aktualität des Problems zurückzuführen: Das Volk erwartet von den Parlamentsabgeordneten dringende Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen.

Die meisten Diskussionsteilnehmer stellten auf der Sitzung fest, daß das von der Regierung vorgeschlagene Programm Voraussetzungen für Entwicklung der Volkswirtschaft und Steigerung des Lebensniveaus des Volkes schafft, viele Probleme bedürfen jedoch nach ihrer Meinung einer eingehenderen Analyse. So wurde bemängelt, daß der Erweiterung neuer Formen der Wirtschaftsführung nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Der Deputierte S. N. Fjodorow, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, rief die Regierung auf, maximal beizutragen, daß Betriebe an Arbeitskollektive verpachtet werden. Er verwies auf Vorteile der Pacht bei der wirtschaftlichen Gesundung am Beispiel des von ihm geleiteten wissenschaftlich-technischen Komplexes „Augen-Mikrochirurgie“.

Die Umstellung der sowjetischen Ostseerepubliken auf wirtschaftliche Selbstständigkeit ab 1. 1. 1990 ist ein überaus wichtiger Schritt im Zuge der gesellschaftlichen Umgestaltung, viele Fragen des Zusammenwirkens dieser Republik mit den anderen Unionsrepubliken und dem Zentrum sind jedoch nicht vollständig gelöst. Darauf verwies der Deputierte aus Lettland V. E. G. Bresis. Er hob die Notwendigkeit präziser Bestimmungen für die Beteiligung der Unionsrepubliken an der Realisierung von Unionsprogrammen hervor und plädierte für die Erweiterung der Rechte der Unionsrepubliken in der Außenwirtschaft.

Traditionsmäßig sind manche Diskussionsbeiträge vom „Lokal-patriotismus“ geprägt: eigene Probleme wirken verständlicherweise als die wichtigsten. Manchmal aber erlangt ein lokales Problem angesichts der Pläne für die Zukunft eine landesweite Bedeutung. So fordern Deputierte aus Mittelasien und Aserbaidschan regionale Beschäftigungsprogramme. Gegenwärtig haben diese Unionsrepubliken nicht genug Arbeitsplätze für die gesamte erwerbsfähige Bevölkerung. Darin dürfte eine zusätzliche Reserve für die Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion liegen.

Der bekannte Bauarbeiter N. I. Trawkin vertrat die Auffassung, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung jetzt weniger radikal wird. Er führte das auf den Druck von seiten der perestrojkafreudigen Kräfte zurück. N. I. Trawkin rief zum neuen Denken in der Wirtschaftspolitik auf. Das bedeutet die Anerkennung dessen, daß Ware, Geld und Markt keine kapitalistischen Dinge, sondern allgemeinhilfliche Werte sind, betonte er.

Andere Deputierte verwiesen in dieser Sektion auf wichtige Maßnahmen in den Vorschlägen der Regierung, die verwirklicht werden sollen. So sieht der Erste Sekretär des Gebietskomitees Moskau der KPdSU V. K. Mesjag große Möglichkeiten in der Umstellung der Branchen auf die wirtschaftliche Rechnungsführung, vor allem auf der Grundlage der Pachtverhältnisse.

Alle Deputierten unterstützen die soziale Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten Jahren. Nach Meinung des Vorsitzenden des Komitees des Obersten Sowjets für Angelegenheiten der Frauen und den Schutz von Familie, Mutter und Kind V. I. Mat-

wienko wirken sich alle Probleme der Wirtschaft auf die Familie aus. Das Programm gebe keine Antwort auf die Frage „Was erwartet die Familie in fünf Jahren?“ Die Deputierte schlug vor, ein System von radikalen sozialen Veränderungen auszuarbeiten.

Auf der Sitzung der Sektion ergriffen 37 Deputierte das Wort. Die meisten von ihnen sprachen sich für die Regierungsmaßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft aus.

Wie der Sektionsvorsitzende, V. I. Worotnikow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, zusammenfassend betonte, hat die Sektion ihre Aufgabe erfüllt, indem sie die Probleme der wirtschaftlichen Gesundung des Landes eingehend erörterte.

Die schärfste Kritik des Programms war in der Sektion „Etappen der Wirtschaftsreform“ zu hören. Die für den Zeitraum bis 1992 vorgeschlagenen Maßnahmen widersprechen nach Meinung mehrerer Deputierter den Prinzipien der Wirtschaftsreform. Die Konzeption des Übergangs zum Markt ist der wunde Punkt des Regierungsprogramms, meinte der Vorsitzende des Komitees des Obersten Sowjets für Fragen der Wirtschaftsreform, V. M. Wologosch. Es enthält weder klare Definition des Marktes noch Übergangstermine und -methoden. Die Konzeption ist nicht genügend juristisch abgeschärft.

Scharf kritisiert wurde das Programm auch vom Wirtschaftsexperten P. G. Buitsch und vom Juristen A. A. Sobischak. Nach ihrer Meinung garantieren die außerordentlichen Maßnahmen nicht die nachfolgende Liberalisierung der Wirtschaft und den Übergang zum Markt. Das Programm enthält keinen konkreten Mechanismus für die Realisierung der Reform. Viele grundlegende juristische Akte, so die Gesetze über den Boden und das Eigentum, sind immer noch nicht angenommen. Die Deputierten verwiesen ferner darauf, daß der Anteil der Pachtbetriebe im Jahre 1995 laut Programm nur 20 Prozent betragen soll.

Der Deputierte A. W. Lewaschow schlug vor, den Rubel bereits in nächster Zeit konvertierbar zu machen. Die Rubel-Emission auf dem Weltmarkt soll nach seinen Worten jährlich 100 Milliarden nicht übersteigen. Die meisten Abgeordneten unterstützten die im Bericht der Regierung vorgeschlagenen Strukturveränderungen in der Wirtschaft, die darauf abzielen, ein umfangreiches soziales Programm zu realisieren. Sie billigten auch die Idee, die Investition zwischen verschiedenen Sphären der Volkswirtschaft umzuverteilen. Zugleich äußerten sie Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer drastischen Kürzung der Investitionen in der Industrie.

Wohl am schärfsten gingen die sogenannten Agrardeputierten mit den Ansichten der Regierung ins Gericht. Sie warfen dem Ministerrat der UdSSR vor, die Bedürfnisse des Agrarsektors zu ignorieren, und bestanden auf einer Erhöhung der Bewilligungen aus dem Staatshaushalt.

Insgesamt sprachen in der Sektion, in der die Perspektiven der Wirtschaftsreform erörtert wurden, mehr als 30 Deputierte. Die Meinungen waren mitunter entgegengesetzt.

„Einstweilen sind wir Gefangene des Stalinschen Wirtschaftssystems, und es kommt darauf an, seine Grenzen zu sprengen“, sagte der Wirtschaftsexperte W. I. Tschernjak aus Kiew. Der von der Regierung vorgeschlagene Komplex von Sondermaßnahmen gestatte nicht, das zu tun, weil er das System beibehalte, in dem es ungünstig ist, gut zu arbeiten, meinte er.

Das Programm der Regierung könne kritisiert werden, sagte der Parteifunktionär I. W. Mestschirjakow aus Kasachstan. Aber es wäre besser, wenn es von den De-

putierten ergänzt und bereichert werde. Er verwies ferner auf die Annäherung der Gesichtspunkte der gegenwärtigen Wirtschaftslage und sagte, daß diese Tendenz im Programm der Regierung ihren Niederschlag gefunden hat. Er unterstützte die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Änderung der Investitionspolitik zugunsten des sozialen Bereichs.

Diese Haltung wurde auch von anderen Rednern unterstützt. Dennoch verhalten sich mehrere Deputierte gegenüber der Marktkonzeption in der Fassung, wie sie von der Regierung vorgeschlagen wurde, distanziert. „Ein Markt, auch wenn er sozialistisch genannt wird, bleibt immer ein Markt mit allen seinen negativen Merkmalen: Arbeitslosigkeit, Inflation und Unge-wißheit für die Zukunft“, betonte der Deputierte von den Gewerkschaften K. T. Turyschow. Er sprach sich für eine Volkssprache zu dieser Frage aus und schlug vor, das Gesetz über das Eigentum nur unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Referendums zu verabschieden.

Der Direktor eines Bergbaubetriebes aus Norilsk W. M. Nikolajtschuk kritisierte das Regierungsprogramm scharf und betonte, daß dieses Programm auf dem Kongreß überhaupt nicht angenommen werden darf, da es in der Zukunft die Annahme der Gesetze über den Boden, das Eigentum und die örtliche Selbstverwaltung behindern wird. Er schlug vor, das Referat des Regierungschefs lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR Akademiemitglied L. L. Abalkin konstatierte die Kritiker des Regierungsprogramms und sagte, daß „man bei der Ausarbeitung einer neuen Konzeption nicht so denken darf, als ob vor uns ein sauberes Blatt Papier liegt. Man muß von der realen Situation ausgehen: Wenn das Gleichgewicht zwischen Aufwand und Nutzen in der Wirtschaft nicht wiederhergestellt wird, werden alle anderen, selbst die radikalsten Maßnahmen sinnlos sein. Gerade darauf sind die von der Regierung vorgeschlagenen Sondermaßnahmen zurückzuführen.“

L. I. Abalkin erklärte, daß der Markt erforderlich ist. „Natürlich kann man ihn nicht direkt durch Dekrete einführen.“ Der Übergang zum Markt wird mindestens drei Jahre in Anspruch nehmen. Das schnellere Tempo der Veränderung würde zur Massenarbeitslosigkeit, zum Bankrott tausender Betriebe und zur Senkung des Lebensniveaus der Menschen führen. Die Gesellschaft wird mit solchem Preis kaum einverstanden sein.“

Die meisten Diskussionsbeiträge waren sachlich und konstruktiv. Der Deputierte aus Tscheljabinsk A. K. Orlow stimmte der Meinung der Regierung zu, daß es notwendig ist, die staatliche Regulierung der Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Dabei vertrat er die Auffassung, daß sich das Planungssystem auf die strategischen Wirtschaftsprportionen beschränken soll. Nach Ansicht des Moskauer Wirtschaftswissenschaftlers N. I. Petrowow enthalte das Regierungsprogramm eine Reihe positiver Elemente, sei jedoch im Bereich der Investitionspolitik nicht radikal genug. Er setzte sich dafür ein, daß für die nächsten Jahre jegliche Industrieaußenverhandlungen eingeleitet werden. Dies würde es ermöglichen, den Bestand an unvollendeten Investitionen wesentlich zu reduzieren, die derzeit noch weiter wachsen und die inflationären Prozesse erheblich vertiefen.

Der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees, I. D. Masljukow, der zum Abschluß der Sitzung sprach, wertete die geführte Diskussion als nützlich für die weitere Arbeit am Entwurf des Fünfjahresplans. (TASS)

Treffen im ZK der KPdSU

M. S. Gorbatschow und N. I. Ryschkow sind am 14. Dezember im ZK der KPdSU mit Volksdeputierten der UdSSR zusammengetroffen, die im Agrar-Industrie-Bereich tätig sind.

Es fand ein lebhafter Meinungsaustausch statt. Unterbreitet wurden viele interessante inhaltliche Vorschläge zu Problemen des Lebens auf dem Lande und zur Lösung der akuten Aufgaben bei der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung.

Viele Deputierte äußerten ihre Gedanken und Informierten über

ihre Erfahrungen bei der Entwicklung neuer Produktionsverhältnisse im Agrar-Industrie-Komplex und bei der aktiveren Durchsetzung der Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in allen Bereichen der Produktion, Verarbeitung und des Absatzes von Erzeugnissen. Scharf diskutiert wurden Fragen der Versorgung mit Ressourcen, der Entwicklung der Landwirtschaft 1990 und in der bevorstehenden Fünfjahresperiode.

An die Adresse zentraler Ministerien und Ämter sowie örtliche Organe wurden mehrere kritische Bemerkungen geäußert, die das vorrangige Herangehen an den Agrarsektor, die umfassende Nutzung der potentiellen Möglichkeiten aller Wirtschaftsformen und die soziale Entwicklung auf dem Lande betreffen.

Die anwesenden Leiter der Ministerien und Ämter beantworteten zahlreiche Fragen der Volksdeputierten der UdSSR. Anschließend sprach M. S. Gorbatschow. (TASS)

